<u>ANTRÄGE</u>

1) Angebote für Flüchtlingskinder

GR.in Braunersreuther stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die UN-Kinderrechtskommission garantiert seit 1989 jedem Kind die gleichen Rechte – egal, aus welchem Land es kommt oder wo es sich aktuell aufhält. Eine aktuelle Studie der UNICEF www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskind er-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf) besagt jedoch, dass die Rechte von Flüchtlingskindern in Europa im Zugang zur Bildung, bei medizinischer Versorgung und in sozialer Teilhabe eingeschränkt sind. Ganz abgesehen davon, dass sie aufgrund traumatischer Fluchterfahrungen oft besondere Betreuung bräuchten, müssten sie oft lang auf Kindergarten- und Schulplätze warten und haben in den Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie mit ihren Eltern beinahe ohne Privatsphäre untergebracht sind, kaum Zugang zu Freizeitangeboten.

Unter dem Titel "In erster Linie Kinder" fordert UNICEF daher, die besondere Schutzbedürfigkeit dieser Kinder – gemeint sind damit alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, egal ob sie mit oder ohne Eltern geflohen sind - zu erkennen und mit behördlicher Unterstützung alles dafür zu tun, ihnen ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen. Besonderer Handlungsbedarf bestehe bei Kommunen, besagt die Studie. Eine Menschenrechtsstadt wie Graz sollte sich hier angesprochen fühlen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, einen Informationsbericht darüber zu erstellen, wie im Hinblick auf die vier von der UNICEF angesprochenen Punkte in Graz mit Flüchtlingskindern verfahren wird:

- 1. Kinderbetreuung bei Behördengesprächen / Vermeidung von Dolmetsch-Situationen durch Kinder (auch bei Arztbesuchen)
- 2. kindgerechte Unterbringung
- 3. Zugang zu Schulen, Sprachkursen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Freizeitangeboten
- 4. Schulungen für MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe in migrationssensiblem Verhalten

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Fahrradpark-Chaos in der Heinrichstraße

GR. in Braunersreuther stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die im Bereich Heinrichstraße/Geidorfgürtel ansässige Gastronomie, der Bäcker, Ärzte und die Bank, haben viele KundInnen, die – glücklicherweise – zumeist umweltschonend mit dem Fahrrad anfahren. Adäquate Abstellmöglichkeiten gibt es jedoch keine. Das führt nicht selten dazu, dass zig Fahrräder den Gehsteig im Bereich der Häuser 54 und 56 versperren oder kurzerhand an bzw. in den Hecken von angrenzenden Vorgärten "geparkt" werden.

Die Stellplätze bei der Universität sind zu weit entfernt, um von den radelnden KundInnen auch genutzt werden. Selbst die BewohnerInnen haben keine Möglichkeit, ihre Räder abzustellen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Das Straßenamt der Stadt Graz und die Abteilung für Verkehrsplanung werden ersucht zu prüfen, ob im genannten Bereich Fahrrad-Stellplätze errichtet werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Initiative für freundlichere Gebotsschilder

GR.in Braunersreuther stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

"Verbotshauptstadt" ist eine der ungeliebten, aber oft nicht unberechtigten Bezeichnungen für die Stadt Graz. Die Praxis, bestimmten Verhaltensweisen durch Androhung von Strafen einen strengen Riegel vorzuschieben, ist in der steirischen Landeshauptstadt tatsächlich sehr beliebt. Im Umgang mit Kindern wird solches Verhalten längst als "schwarze Pädagogik" geschmäht.



Regeln sollten jedoch über gut begründete, freundliche

und humorvolle Aufforderungen vermittelt werden. Mit dem Erfolg, dass Trotzreaktionen meist ausbleiben.

Diesem Beispiel könnte auch die Stadt Graz folgen, indem sie Verbotsschilder durch Plädoyers an die Eigenverantwortlichkeit ersetzt. Ein Beispiel aus Hamburg ist rechts abgebildet.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, den Einsatz von Verbotsschildern durch freundlichere Hinweistafeln zu ersetzen.

4) Ausweitung der Schutzzonen nach dem Altstadterhaltungsgesetz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Um wichtige und interessante Teile unserer Stadtgeschichte zu erhalten, wird es immer bedeutsamer, um jedes kunst- und architekturhistorisch wertvolle Gebäude zu kämpfen. Die Errichtung von Schutzzonen war eine genauso notwendige Errungenschaft wie die Installierung des – auch von der KPÖ vehement

geforderten – Altstadtanwaltes.

Aufgrund jüngster Vorkommnisse im Zusammenhang mit beabsichtigten Bauvorhaben – ich erinnere an die Bedenken beim Ostgürtel oder den Abriss der Körösistub'n – wurde von verschiedenen Seiten der deutliche Wunsch nach

Ausweitung der Schutzzonen erhoben.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Fachleute von Stadt und Land werden beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung der derzeit bestehenden Schutzzonen zu erarbeiten und dem

Steiermärkischen Landtag sowie dem Grazer Gemeinderat vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

193

5) Die Linie 58 nach Mariatrost bis zur Stadtgrenze führen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die enorme Verkehrsbelastung entlang der Mariatroster Straße stellt für die

Bevölkerung des Bezirks ein immer größer werdendes Problem dar. Angesichts der

miserablen Auslastung des Parkhauses Fölling wäre eine rasche Verlängerung der

Buslinie 58 vom Hauptbahnhof nicht mehr nur bis Mariagrün, sondern bis an die

Stadtgrenze in Mariatrost wünschenswert.

Die Postbusse, zu Stoßzeiten überfüllt und nicht immer pünktlich, decken den

Bedarf nicht ausreichend ab, die Tramlinie 1 ebenfalls nicht. Zumindest bis 19 Uhr

sollten die bestehenden Haltestellen an der Mariatroster Straße durch die Linie 58

bedient werden. Dies würde auch zu einer stärkeren Nutzung des P&R Fölling

führen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag

Antrag:

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Linien um die Verlängerung der Buslinie 58

vom Hauptbahnhof bis zum P&R-Platz in Fölling bis zumindest 19 Uhr.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

194

6) Einrichtung zweier "Fundklappen"

GR.in Heinrichs stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Aus dem Fundbüro der Stadt Graz wird das "Fundservice neu". So ist die nunmehrige Einrichtung in der Annenstraße 19 viel leichter zu erreichen als zuvor am Parkring beim Paulustor. Leider ist das Fundservice-Büro aber nur an einem Tag der Woche länger – nämlich an den Montagen von 7 bis 18 Uhr – geöffnet.

Während des heurigen Sommers wurde ich in der Fußgängerzone im Zentrum von St. Pölten an der Außenmauer eines Amtsgebäudes auf die Einrichtung einer "Fundklappe" aufmerksam. Auf meine Erkundigung hin konnte ich erfahren, dass diese Klappe als Serviceeinrichtung, die rund um die Uhr zur Verfügung steht und direkt vom Gehsteig aus genutzt werden kann, gut angenommen wird.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten, die Einrichtung eines Klappfachs am Gebäude der neuen Servicestelle in der Annenstraße 19 sowie eines weiteren direkt im Zentrum (etwa am Rathaus) in die Wege zu leiten.

7) Erfolgskonzept Trinkbrunnen auch in der Altstadt fortsetzen

GR. Sikora stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Über hundert Trinkbrunnen gibt es im Grazer Stadtgebiet – etwa im ORF-Park, am Dietrichsteinplatz, beim Kunsthaus, am Karmeliterplatz, im Fröbelpark, auf zahlreichen Spiel- und Bezirkssportplätzen stehen sie als Durstlöscher gratis zur Verfügung. In der Grazer Altstadt allerdings sind kaum welche zu finden. Zuletzt wurde zum Ärgernis vieler sogar der beliebte Trinkwasserbrunnen am Grazer Hauptplatz entfernt – mit dem Argument, dass dieser nur missbräuchlich verwendet würde. Auch an den innenstadtnahen Plätzen wie Jakominiplatz, Am Eisernen Tor, Franziskanerplatz, Tummelplatz oder Freiheitsplatz gibt es keine Möglichkeit für Mensch und Tier, ihren Durst schnell zu löschen.

Besonders dramatisch wird die Situation an Sonn- und Feiertagen, wenn viele Cafés und Restaurants geschlossen haben. Das Erfolgskonzept Trinkbrunnen sollte gerade in der Grazer Altstadt fortgesetzt werden.

Deshalb stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und die Abteilung für Grünraum und Gewässer werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert, zu prüfen, ob das Erfolgskonzept Trinkbrunnen auch in der Grazer Altstadt, insbesondere an den im Motivenbericht aufgezählten Plätzen, fortgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Kernstockwarte: freier Blick und Zugang zur Naherholung im Grazer Westen

GR. Sikora stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zu den wichtigsten Grundlagen städtischer Lebensqualität zählt die Naherholung. Mit vom Verschönerungsverein Eggenberg gesammelten Spendengeldern wurde 1928 die Kernstockwarte vom Grazer Stadtbaumeister Franz Spath errichtet. Franz Xaver Schönach stellte den Grund kostenlos zur Verfügung – unter der Auflage, dass die Warte den BürgerInnen frei zugänglich sein muss.

Weil die Kernstockwarte aber nur etwa sechs Meter hoch ist, liegt sie heute unter den umliegenden Bäumen versteckt und bietet keinen Ausblick auf die Stadt mehr. Auch der Zugang über das Gasthaus "Zur Hubertushöhe" ist aufgrund von Absperrungen derzeit nur erschwert möglich.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und die zuständige Stadträtin werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass von der Grazer Kernstockwarte der Blick auf die Stadt wieder möglich wird, sie unbehindert zugänglich ist und gepflegt wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) St.-Gotthard- und St.-Veiter-Straße: Wiederinkrafttreten der Tonnagen-Beschränkung für Lkw über 7,5 Tonnen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nachdem über den Sommer des heurigen Jahres in der St.-Veiter-Straße die Brücke über den Gabriachbach saniert und verstärkt wurde, gehen in der Oberandritzer Bevölkerung die Wogen hoch. Binnen kürzester Zeit hat der Schwerverkehr über die Andritzer Reichsstraße und St.-Gotthard-Straße zur St.-Veiter-Straße nach Oberandritz zur Weinitzenstraße, welche als Landesstraße L330 geführt wird, enorm zugenommen. Viele LKW-Fahrer nutzen jetzt die Strecke als Abkürzung zwischen Graz und der östlichen Steiermark, unter anderem auch, um sich die Autobahnmaut zu ersparen.

Noch bis vor einigen Jahren war die Strecke zwischen den angeführten Straßen mit einer Tonnagenbeschränkung für LKW über 7,5 Tonnen ausgewiesen, welche jedoch unergründlicherweise behördlich entfernt wurde. Danach nahm der Schwerverkehr drastisch zu. Die ohnehin verkehrsmäßig leidgeplagten Oberandritzer BürgerInnen fordern nun nicht nur ein zeitgemäßes Verkehrskonzept, sondern Wiederinkrafttreten auch das der Tonnagenbeschränkung für LKW über 7,5 Tonnen als Sofortmaßnahme im Kampf gegen den zunehmenden Schwerverkehr.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der Herr Verkehrsreferent und die zuständigen Stellen des Magistrates werden höflichst ersucht, an die Verantwortlichen des Landes Steiermark heranzutreten und zu prüfen, ob aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ein Wiederinkrafttreten der Tonnagenbeschränkung für LKW über 7,5 Tonnen rasch umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Dr.-Eckener-Straße

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Dr.-Eckener-Straße, zwischen der Mariatroster Straße und dem Unteren Plattenweg gelegen, mutiert immer mehr zur Durchzugsstraße mit immer stärkerem Verkehrsaufkommen. Die vermehrte Bautätigkeit der letzten Jahre am Unteren Plattenweg verstärkt diese Entwicklung. Viele nutzen die Straße als Schleichweg zwischen Oberandritz und Mariatrost, aber auch zu den zahlreichen Buschenschenken auf der Platte.

Darunter leidet die Lebensqualität dort massiv. Dass die Geschwindigkeitsbeschränkung in der 30er-Zone ignoriert wird, macht den Schulweg für zahlreiche Kinder, die täglich die Route über die Dr.-Eckener-Straße in Richtung Mariagrün als Schulweg benützen, gefährlich.

Viele Betroffene fordern nun als wirksame Verkehrsmaßnahme Schwerpunktkontrollen sowohl an Wochentagen als auch an den Wochenenden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden ersucht, geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung bzw. zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkungen zu prüfen und in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Prüfung der Einrichtung von "Lalelu (=lauschen-lesen-lustbetont)

Vorlesestunde in Kinderkrippen und Kindergärten

GR.in Mag.a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Konzept für "Lalelu-Vorlesestunden" in Kinderkrippen und Kindergärten wurde von einer IKL-Lehrerin einer NMS entwickelt, die auch als Leihoma im Einsatz ist. Die Idee dahinter ist die, ein regelmäßiges Angebot von Freiwilligen verbunden mit einer Aufwandsentschädigung zu schaffen, die unterstützend einmal in der Woche jeweils zu zweit in entsprechenden Kindereinrichtungen der Stadt Graz den Kindern vorlesen und mit ihnen den Inhalt altersadäquat erarbeiten oder Szenen nachspielen lassen. Einerseits kann diese Maßnahme als zusätzliche Möglichkeit zur Sprachförderung der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gesehen werden, die aber andererseits auch zur Entlastung der Pädagoglnnen in den Kindereinrichtungen beitragen kann. Darüber hinaus wäre es eine sinnvolle Tätigkeit für interessierte Personen, die so eine Aufgabe gerne übernehmen würden. Gleichzeitig könnten dabei auch die Stadtbibliotheken als Partnerinnen mit ihrem entsprechenden Angebot einbezogen werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Es soll von den verantwortlichen Stellen der Stadt Graz geprüft werden, ob die Einrichtung eines regelmäßigen Angebotes von Freiwilligen, die in Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Graz "Lalelu-Vorlesestunden" gegen eine kleine Aufwandsentschädigung anbieten, möglich ist.

12) Sauberkeit der Murpromenade

GR. in **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auch wenn über die Sommermonate das Wetter nicht immer das beste war, war die Murpromenade – gerade im Bereich zwischen Roseggerkai und Kaiser-Franz-Josef-Kai – gut frequentiert. Vor allem im Bereich des *City Beach* hat das zur Vermüllung des Ufers geführt, weil die Mistkübel schnell überfüllt waren und Bierdosen, Einweg(!)-Getränkebecher und Zigarettenschachteln von einigen Gästen dort dann achtlos weggeworfen wurden. SpaziergängerInnen ärgerten sich darüber hinaus über Erbrochenes und sogar menschliche Fäkalien nach langen Partynächten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sowie die Holding Graz Services werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Mistkübel im genannten Bereich öfter geleert werden und im Hinblick auf die Verunreinigungen bei der Bewilligung des *City Beach* im kommenden Jahr geeignete Maßnahmen vorgeschrieben werden.

13) Beleuchtete Fahrpläne an ÖV-Haltestellen

GR. **Grossmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein wesentliches Kriterium für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist zu wissen, wann Bus oder Straßenbahn fahren: Zwar gibt es – allerdings primär im innerstädtischen Bereich – bereits etliche Haltestellen, an denen Fahrgäste sogar per Leuchtschrift darüber informiert werden, in wie vielen Minuten Bus oder Straßenbahn kommen, speziell in den Außenbezirken schaut es aber in dieser Hinsicht eher duster aus: Denn dort sind nicht einmal die ausgehängten Fahrpläne beleuchtet. Was natürlich speziell in den Abend- und Nachtstunden nicht wenige Menschen sogar davor abschreckt, auf öffentliche Verkehrsmittel zurückzugreifen: Nicht jeder ÖV-Nutzerin/jeder ÖV-Nutzer verfügt über ein Smartphone, um sich in der Dunkelheit via Internet über die Fahrpläne informieren zu können. Und wer wartet schon gerne in einer vielleicht nur schlecht ausgeleuchteten Straße gerne "im Blindflug" auf eine Verbindung, da die schon am Tag manchmal nicht leicht zu entziffernden Fahrpläne überhaupt nicht mehr lesbar sind? Vor allem ältere Menschen, Frauen und Kinder empfinden solche Situationen als beängstigend bzw. verunsichernd.

Dabei wäre eine Abhilfe an den meisten Haltestellen technisch sicher leicht zu schaffen – in Zeiten der Raumfahrt müsste es wohl auch möglich sein, die Fahrpläne unserer öffentlichen Verkehrsmittel zu beleuchten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden, dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrpläne an allen Haltestellen – soweit dies technisch machbar ist – umgehend in den Abend- und Nachtstunden beleuchtet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Univiertel/Runder Tisch

GR. **Grossmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Grazer Univiertel kommt – leider in vielfacher Hinsicht – nicht zur Ruhe: Zum einen klagen AnrainerInnen trotz strengerer Auflagen für die Lokalbesitzer nach wie vor über die Lärmbelastung in den Nachstunden; zum anderen fühlen sich Lokalbetreiber zum Teil schikaniert, da die meisten mittlerweile sehr wohl in ihren Lokalen Maßnahmen gesetzt haben, um die Partylaune ihrer Gäste in geregelte Bahnen zu leiten, jedoch auch für den Lärm, der entlang der Straßen entsteht, quasi "haftbar" gemacht werden, ihnen sogar die knallenden Taxitüren angelastet werden. Der traurige Höhepunkt: Die Ankündigung des Kottulinsky, immerhin eine Falstaff-prämierte Bar, aufgrund von Sanktionsandrohungen durch die zuständige Stadträtin Elke Kahr sperren zu wollen.

Nüchtern betrachtet stehen wir vor folgender Problemstellung: Primär ist nicht das, was sich IN den Lokalen abspielt, Stein des Anstoßes – der verständliche Ärger der AnrainerInnen bezieht sich auf das, was sich AUSSERHALB der Lokale abspielt.

Womit eines auch klar sein sollte: Egal, ob die Lokale um 1 Uhr, 2 Uhr oder 4 Uhr schließen müssen – an der Problematik des auf der Straße entstehenden Lärms werden Sperrstundenverordnungen nie etwas ändern. Und Sanktionsdrohungen werden schon gar nichts bewirken – denn diese verhärten nur noch mehr die Fronten und erwecken bei den AnrainerInnen die falsche Hoffnung auf eine Entlastung. Es sei denn, es wäre das Ziel, über diese Vorgangsweise erreichen zu wollen, dass möglichst alle Lokalbetreiber das sprichwörtliche Handtuch werfen und schließen. Was jedoch sicher nicht Lösung sein kann.

Wenn man ernsthaft an einer für alle einigermaßen zufriedenstellenden Lösung interessiert ist, kann es nur einen Weg geben: Das gemeinsame Gespräch zu suchen – mit den AnrainerInnen, den Lokalbetreibern, VertreterInnen der LokalbesucherInnen, den VertreterInnen der öffentlichen Sicherheit und der Taxi-Innung, um gemeinsam zu überlegen, wie dieser Problematik begegnet werden kann. Sei es durch Aufklärungsinitiativen in den Lokalen, sei es durch Schwerpunktinformationen auf der Straße. DAS wäre eine Aufgabe, der sich die verantwortliche Stadträtin stellen sollte – am besten in Form eines permanenten Runden Tisches.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Stadträtin Elke als verantwortliche Referentin für die Bau- und Anlagenbehörde wird beauftragt, gemäß Motivenbericht einen permanenten Runden Tisch mit den AnrainerInnen, den LokalbetreiberInnen, VertreterInnen der LokalbesucherInnen, VertreterInnen der öffentlichen Sicherheit und der Taxi-Innung einzusetzen, um im Bereich Univiertel eine für alle zufriedenstellende Lösung im Sinne eines

friktionsfreien Miteinanders zu finden, das "Wohnkultur" für die AnrainerInnen ebenso sicherstellt wie "Lokalkultur" für die NachtschwärmerInnen, da beides in einer Stadt wie Graz seinen Platz haben muss.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Prüfung von Möglichkeiten der Verbesserung der Schulwegsicherheit für die VolksschülerInnen der VS Baiern im Bereich der Johann-Haiden-Straße

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Bereich der Josef-Poestion-Straße und der Thaddäus-Stammel-Straße konnte durch die Verordnung einer Wohnstraße nach StVO die Verkehrssicherheit für alle FußgängerInnen allgemein und speziell für die Kinder sehr verbessert werden. Allerdings ist die Situation in anderen Nebenstraßen, die ebenso zum Einzugsgebiet der Volksschule Baiern in der Baiernstraße zählen, nicht so rosig. So gibt es etwa in der - durchaus nicht schmal angelegten - Johann-Haiden-Straße keinen durchgängigen Gehsteig oder Gehweg. Dazu kommt, dass immer mehr AutofahrerInnen diesen Nebenstraßenzug als Schleichweg und Abkürzer zwischen Baiernstraße und Burenstraße nutzen, leider oftmals mit (sehr) überhöhter Geschwindigkeit - d.h. weit über den verordneten 30 km/h – durch diese Straße fahren. Und es ist leider eine Tatsache, dass genau zu jener Zeit, zu der sich die Schulkinder auf den Weg zur Schule machen, die meisten Menschen mit dem Auto auf dem Weg in die Arbeit sind. Das führt unweigerlich zu massiven

Gefahrensituationen, insbesondere für kleinere Schulkinder im Alter von etwa sechs bis zehn Jahren, die aufgrund ihrer, diesem Alter entsprechenden Wahrnehmungsentwicklung noch nicht so gut in der Lage sind, Gefahren durch Autos abzuschätzen, wie es ältere Kinder oder Erwachsene können.

Diese Situation ist aus Sicht vieler Eltern und AnwohnerInnen auf Dauer unhaltbar, immer erreichen uns zu diesem Thema Anfragen und Vorschläge, die eine Verkehrsberuhigung bzw. eine Tempo-Reduktion zum Ziele haben.

Deshalb stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, die Situation für FußgängerInnen und insbesondere für Schulkinder im Bereich der Johann-Haiden-Straße zu erheben. Hier möge speziell auf die Verkehrssituation und die daraus resultierenden Konflikte und Gefahrenmomente in den morgendlichen Stunden von Schultagen eingegangen werden. Darüber hinaus mögen die zuständigen Abteilungen alle Möglichkeiten zur Behebung und zur Abmilderung von Gefahrensituationen zwecks baldiger Verordnung und Umsetzung prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Parkscheinautomaten

GR. Pacanda stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie der verregnete Sommer heuer deutlich gezeigt hat, sind etliche Parkscheinautomaten bei Regenwetter ohne Gummistiefel nicht erreichbar. Speziell der Automat am Hauptbahnhof neben der Ausfahrt, aber auch mehrere andere im Grazer Stadtgebiet sind durch tiefe und ausgehente Lacken für Autofahrerinnen und Autofahrer mit Halbschuhen eine Zumutung. Immerhin müssen sie für das Parken bezahlen, da muss man ihnen auch die Möglichkeit bieten, dies, ohne dabei ihr Schuhwerk zu ruinieren, durchzuführen.

Daher stelle ich namens der Piratenpartei folgenden

Antrag:

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert:

- 1.) Prüfung, welche Parkscheinautomaten davon besonders betroffen sind.
- 2.) Behebung des Missstandes durch geeignete Maßnahmen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der

Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck schließt die Sitzung

des Gemeinderates um 18.05 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsch

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.in Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb